

■ PREISENTWICKLUNG UND DIE EINFÜHRUNG DES EURO

Die bevorstehende Einführung des Euro als Bargeld in den meisten Staaten der Europäischen Union nährt in der Öffentlichkeit Befürchtungen, dass die Währungsumstellung zum Anlass für Preiserhöhungen genommen werde. Die Diskussion über die neue Währung sowie die Vorbereitungsarbeiten zur Währungsumstellung fielen in einen Zeitraum, in welchem sich der Preisauftrieb rasch beschleunigte. Angesichts der zeitlichen Überlappung ist daher die Vorstellung, dass der Anstieg der Inflation ursächlich mit der Währungsumstellung verknüpft sei, nicht überraschend. Eine Untersuchung der Entwicklung der Verbraucherpreise ergibt jedoch keine Hinweise auf eine durch die Umstellung des Bargeldes von Schilling auf Euro ausgelöste Preiswelle.

Der vorliegende Beitrag geht der Frage nach, wieweit die Beschleunigung des Preisauftriebs in den letzten zwei Jahren einem weltweit wirkenden Faktor, nämlich dem drastischen Anstieg der Rohstoffpreise, sowie dem Wertverlust des Euro gegenüber dem Dollar und länderspezifischen Bestimmungsgründen, die unabhängig von der Euro-Einführung wirken, zugeschrieben werden kann. Weitere Aufschlüsse darüber, ob die Vorbereitungen auf die Umstellung der Währung von Schilling auf Euro im täglichen Leben zur Verteuerung beitragen, bieten Vergleiche mit der Preisentwicklung in Deutschland und in der Schweiz: Deutschland übernimmt ebenso wie Österreich den Euro und ist somit Teil des Euro-Raums; die Schweiz ist dagegen nicht Mitglied der EU und damit nicht Teilnehmer an der Währungsunion.

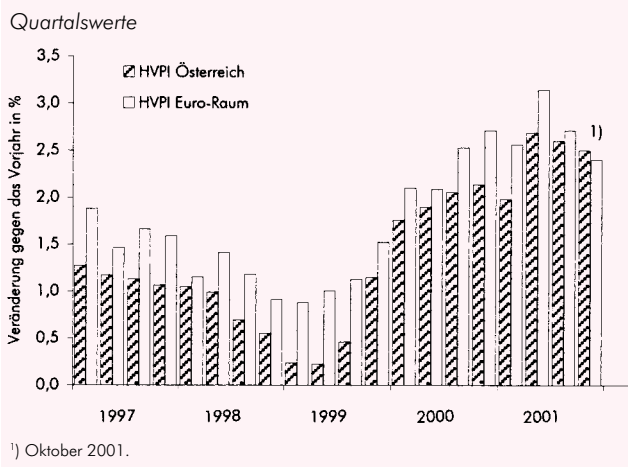
Fragen des Überganges von glatten bzw. gebrochenen Schilling-Preisen (Schwellenpreisen) zu glatten bzw. gebrochenen Euro-Preisen stehen zwar derzeit im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, mögliche Preiseffekte dürften jedoch vorübergehend sein. Gegenüber dieser Problematik ist die Frage, wieweit

ENTWICKLUNG DER PREISE IN ÖSTERREICH UND DER EURO-ZONE SEIT 1999

die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion der Wirtschaft über einen längeren Zeitraum Kosten aufbürdet bzw. sie von Kosten entlastet, in den Hintergrund getreten. Abschließend befasst sich der Beitrag mit dieser Thematik und mit der Problematik der runden Preise bzw. Schwellenpreise.

Der Autor dankt dem Bundesamt für Statistik (Schweiz) für die Bereitstellung der Daten aus dem Landesindex der Konsumentenpreise. • Begutachtung: Ewald Walterskirchen • Wissenschaftliche Assistenz: Annamaria Rammel • E-Mail-Adressen: Wolfgang.Pollan@wifo.ac.at, Annamaria.Rammel@wifo.ac.at • Auf der WIFO-Website „Euro-Monitoring“ werden laufend aktuelle Informationen zur Preisentwicklung in der Phase der Währungsumstellung publiziert (<http://www.wifo.ac.at/euromonitoring>)

Abbildung 1: Verbraucherpreistrends in Österreich und im Euro-Raum



Hatte sich die Inflation in nahezu allen EU-Ländern seit Mitte der neunziger Jahre verlangsamt, so beschleunigte sie sich im Jahr 2000 wieder. Im Euro-Währungsgebiet stieg die Inflationsrate laut Harmonisiertem Verbraucherpreisindex (HVPI) von 1,1% im Jahr 1999 auf 2,3% im Jahr 2000 und auf 2,8% im 1. Halbjahr 2001. Im Oktober 2001 ermäßigte sie sich auf 2,4%.

In Österreich erhöhte sich die Inflationsrate laut diesem Index, der für alle EU-Länder vergleichbare Werte liefert, von 0,5% im Jahr 1999 auf 2,0% im Jahr 2000 und weiter auf 2,3% im 1. Halbjahr 2001. Im Oktober 2001 lautete die Teuerungsrate 2,5%¹⁾. Damit zählt Österreich weiterhin zu jenen Ländern, welche eine große Preisstabilität aufweisen. Der Anstieg der Teuerung in Österreich und im Euro-Raum ist hauptsächlich auf außenwirtschaftliche Faktoren zurückzuführen.

WELTWIRTSCHAFTLICHES UMFELD

ANHALTENDE VERTEUERUNG DER ROHSTOFFE

Der Rohstoffpreisauftrieb, der Anfang 1999 eingesetzt hatte, hielt bis Ende 2000 an. Im Jahresdurchschnitt 2000 ergab sich laut HWWA-Index auf Dollarbasis ein Anstieg um 31,4%, nach +11,9% im Jahr 1999. Im Laufe des II. Quartals 2001 gaben die Notierungen etwas nach, sodass sich gegenüber dem II. Quartal 2000 eine Reduktion um 1,6% ergab. Im Oktober 2001 betrug der Rückgang bereits 25%.

Der Gesamtindex verbirgt allerdings sehr divergierende Entwicklungen der einzelnen Rohstoffpreise. Während nichtenergetische Rohstoffe 2000 um nur 2,3% teurer waren als im Vorjahr, zogen die Preise von Energierohstoffen um 50,9% an. Im Laufe des Jahres 2001 verrin-

¹⁾ Die Aufnahme der Studiengebühren in den Warenkorb des HVPI und des VPI im Oktober erhöht die Inflationsrate um 0,2 Prozentpunkte. Ohne diesen Effekt wäre die Teuerung im Oktober auf 2,3% gesunken.

Statistischer Hintergrund: Zwei Verbraucherpreisindizes

Seit 1997 wird für Österreich neben dem bisherigen Verbraucherpreisindex (*nationaler Verbraucherpreisindex* oder VPI) auch ein Verbraucherpreisindex veröffentlicht, dessen Aufbau mit jenem der anderen EU-Länder vergleichbar ist und der die Grundlage für die Messung der Inflation in den Ländern der Währungsunion bildet (*Harmonisierter Verbraucherpreisindex* oder HVPI). Die Harmonisierten Verbraucherpreisindizes für die EU sowie für den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) werden von Eurostat und von den EU-Staaten veröffentlicht.

Der HVPI misst die Preisentwicklung im Inland und berücksichtigt daher in der Gewichtung auch die Ausgaben nichtinländischer Haushalte im Inland (Ausgaben ausländischer Touristen). Dagegen fehlen einige Positionen, die im VPI enthalten sind, wie z. B. eigentümergeutztes Wohnen, die motorbezogene Versicherungssteuer und Glücksspiele. Diese Unterschiede spiegeln sich in unterschiedlichen Gewichten der einzelnen Verbrauchsgruppen (siehe dazu *Statistik Austria*, 2001). Der Abdeckungsbereich des HVPI wurde schrittweise jenem des VPI angeglichen. Mit der Einbeziehung von Gesundheit, Erziehung und Sozialschutz ab Jänner 2000 bzw. Jänner 2001 deckt der HVPI alle jene Gebiete ab, die im VPI erfasst werden. Die Teuerungsrate laut VPI und laut HVPI liegen daher in der Regel nahe beieinander.

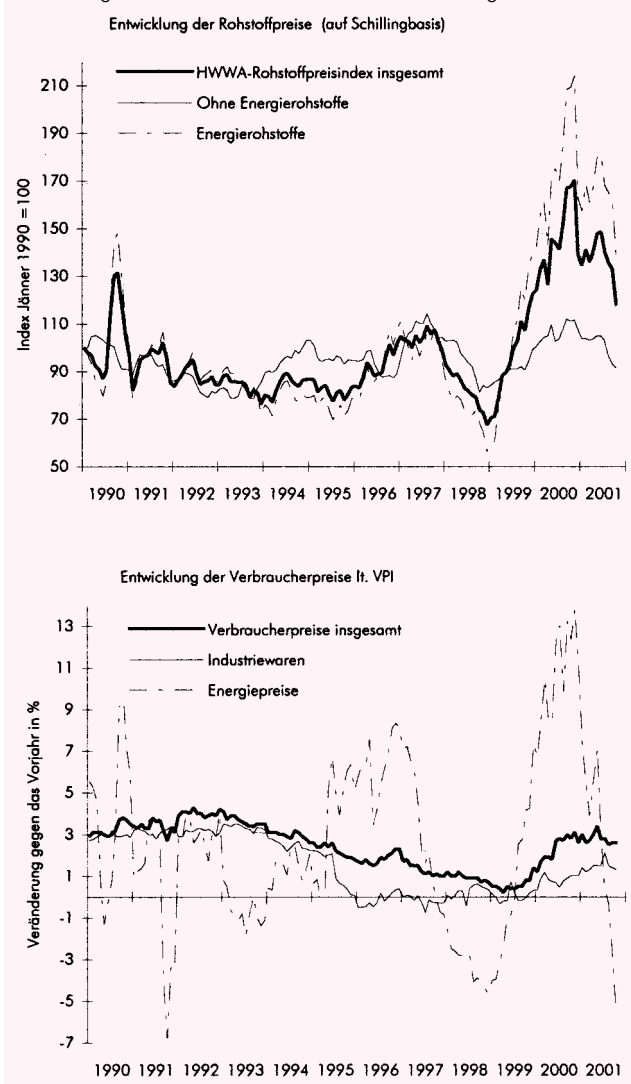
Im vorliegenden Bericht werden je nach Anwendungsgebiet sowohl der nationale VPI als auch der HVPI analysiert. Da der nationale VPI in der Tagesdiskussion nach wie vor eine wichtige Rolle spielt, wird dieser Index in der Darstellung der Entwicklung in Österreich verwendet. Wenn es jedoch um Vergleiche mit anderen Ländern geht, wird der HVPI herangezogen.

gerte sich der Unterschied. Im III. Quartal 2001 lagen die Preise nichtenergetischer Rohstoffe um 11% unter dem Niveau des Vorjahresquartals, Energierohstoffe waren um 13% billiger.

Für die Verarbeiter von Rohstoffen erhöhte auch der Wertverlust des Euro (und des Schillings) gegenüber dem Dollar die Kostenbelastung. Der Dollarkurs erreichte im Oktober 2000 mit 16,09 S einen langjährigen Höhepunkt, der allerdings im laufenden Jahr – nach einer mehrmonatigen Erholungspause des Euro – im Juni mit 16,13 S noch übertroffen wurde. Im Jahresdurchschnitt 2000 gewann der Dollar 15,6% an Wert (1. Halbjahr 2001 +6,9%).

Auf Schillingbasis wurden nichtenergetische Rohstoffe somit im Jahr 2000 um 18,1% (1. Halbjahr 2001 +0,1%), Energierohstoffe um 73,9% teurer (1. Halbjahr

Abbildung 2: Übersicht über die Preisentwicklung



2001 +7,4%). Im III. Quartal trat jedoch eine Entlastung ein: Nichtenergetische Rohstoffe verbilligten sich um 9,4%, Energierohstoffe um 11,8%.

BESCHLEUNIGUNG DER TEUERUNG AUF DER VERBRAUCHERSTUFE

Schwankungen der Rohstoffpreise und der Wechselkurse schlagen sich über die Einfuhrpreise mit kurzer Verzögerung in der Inflationsrate auf der Konsumentenstufe nieder. Die direkten Preiseffekte der jüngsten Importverteuerung wurden auf der Verbraucherstufe rasch sichtbar. Der starke Anstieg der Energiepreise hatte zur Folge, dass die Inflationsrate im Euro-Raum mit über 3% deutlich über die Grenze hinausging, die mittelfristig nach Definition der EZB mit Stabilität vereinbar ist.

RASCHER ANSTIEG DER ENERGIEPREISE

Im Euro-Raum stieg die Zwölfmonatsrate der Energiepreise im Jahr 2000 schrittweise und erreichte zwischen Juni und November rund 14%; sie bildete sich erst im

Dezember 2000 auf 11,3% zurück. Die Teuerungsrate der Energiepreise (laut HVPI) erhöhte sich von 2,4% im Durchschnitt 1999 auf 13,3% im Durchschnitt des Jahres 2000. Bei einem Gewicht der Energiepreise im HVPI der Euro-Zone von 9,5% trug somit der Anstieg der Energiepreise im Durchschnitt über 1 Prozentpunkt zur gesamten Teuerung im Jahr 2000 bei.

Eine ähnliche Situation herrschte in Österreich vor. Laut nationalem VPI stieg die Zwölfmonatssteigerungsrate der Energiepreise von 6,7% im Jänner auf rund 12,5% im Zeitraum Juni bis November 2000; eine Beruhigung stellte sich mit +10,9% erst im Dezember 2000 ein. Im Durchschnitt des Jahres 2000 betrug die Inflation 10,7%, nach 0,4% im Jahr 1999²⁾. Im Jahresdurchschnitt verteuerten sich Benzin um rund 17%, Dieseltreibstoff um 23%, Heizöl um 43% und Gas um 5%. Der direkte Beitrag der Erhöhung der Energiepreise zur Inflationsrate beträgt demnach +0,85 Prozentpunkte – wenn die Energiepreise nicht gestiegen wären, hätte die Inflationsrate nur 1,5% betragen.

Im Jahr 2001 ermäßigte sich die jährliche Steigerungsrate der Energiepreise auf 5,2% im II. Quartal (Juni 2001 nach dem Wegfall der Energiesteuer auf Strom im Vorjahresvergleich +3,0%), überstieg aber die allgemeine Teuerungsrate noch immer weit. Erst im August 2001 war Energie etwas billiger als im Vorjahresmonat. Im Oktober lag der Energieindex bereits um 5,3% unter dem Wert des Vorjahresmonats.

WEITERWÄLZUNG DER ROHSTOFFVERTEUERUNG IN DEN KONSUMENTENPREISEN

Soweit Rohöl und andere Rohstoffe als Vorleistung verwendet werden, werden die Unternehmen die Kostensteigerung zu überwälzen versuchen. Dieser Prozess ist nun im Gange. Diese indirekten Effekte werden allerdings auf der Verbraucherstufe erst mit Verzögerung voll wirksam. Vor allem die Preise von Industrieerzeugnissen sind von diesen Überwälzungsprozessen betroffen.

In der Euro-Zone deutet die Entwicklung der Preise von Industrieerzeugnissen darauf hin, dass der starke Anstieg der Rohstoffnotierungen und parallel dazu der Einfuhrpreise im Vergleich mit früheren Episoden die Inflation in diesem Bereich nur schwach angehoben hat, auch wenn man berücksichtigt, dass der Rückgang der Rohstoffpreise bis Anfang 1999 mit einer gewissen Verzögerung preisdämpfend wirkte.

Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund eines etwas höheren, aber anhaltend mäßigen Lohnwachstums zu sehen. Gemäß dem Jahresbericht der Europäischen Zentralbank (2000, S. 36) könnte die Verschärfung des

²⁾ Dieser Steigerungssatz wird auch durch die Anhebung der Energiesteuer auf Strom im Juni 2001 bestimmt. Ohne diese Maßnahme hätte die Inflationsrate 9,6% betragen.

Die Komponenten der Entwicklung des HVPI seit Anfang 1999 in der Euro-Zone

Die Europäische Zentralbank (EZB) versuchte, den Anstieg der Teuerungsrate in der Euro-Zone aufzuschließen, indem sie die Inflationsrate vom Februar 1999 mit jener vom April 2001 verglich (*Europäische Zentralbank*, 2001A). Im Februar 1999 erreichte die Inflationsrate mit 0,8% einen Tiefstand. Seitdem erhöht sich die Teuerung laut HVPI und erreichte im April 2001 den Wert von 3,0%. Dies bedeutet einen Anstieg um 2,2 Prozentpunkte.

Die direkten Effekte der Verteuerung von Energie und unverarbeiteten Nahrungsmitteln

Eine der Hauptursachen der beobachteten Inflationssteigerung war laut EZB die Importpreisentwicklung, und zwar insbesondere die Entwicklung der Rohölpreise und der Wechselkurse, die sich entweder direkt über die Energiepreise oder indirekt über die Produktionskette auf die Teuerung auswirkte. Hatte die Veränderungsrate der Energiepreise im Februar 1999 im Vorjahresvergleich $-4,4\%$ betragen, so erreichte sie im April 2001 $+7,9\%$. Insgesamt trugen somit die Energiepreise von Februar 1999 bis April 2001 1,2 Prozentpunkte zur Beschleunigung der Inflation um 2,2 Prozentpunkte bei.

Die Kerninflationsrate laut EZB

Wie die letzten Jahrzehnte zeigen, unterliegen die Energiepreise großen Schwankungen. Ähnliches gilt für einige Nahrungsmittelpreise. Beide Gruppen werden daher mitunter von der Preisbeobachtung ausgenommen, da sie den Blick auf die zugrunde liegende Inflation verstellen. Dazu wird die Entwicklung der Preise eines Warenkorbs betrachtet, der weder Energieträger noch bestimmte Nahrungsmittel enthält. Die entsprechende Inflationsrate wird häufig als *Kerninflationsrate* bezeichnet.

Die EZB unterscheidet zwischen *unverarbeiteten* und *verarbeiteten* Nahrungsmitteln und scheidet nur die erstgenannte Gruppe zur Berechnung der Kerninflation aus. Dementsprechend schlüsselt die EZB auch die Beschleunigung der Inflation nach diesen beiden Gruppen von Nahrungsmitteln auf.

Die unverarbeiteten Nahrungsmittel umfassen Fleisch, Fisch, Obst und Gemüse. Nahrungsmittel, die in Restaurants, Cafés und Kantinen angeboten werden, werden unter der Bezeichnung „Bewirtungsdienstleistungen“ nicht als Nahrungsmittel, sondern als Dienstleistungen verbucht.

Die Teuerungsrate der unverarbeiteten Nahrungsmittel erhöhte sich von Februar 1999 auf April 2001 um 5,4 Prozentpunkte und trug somit (bei einem Gewicht von 8,0% im Warenkorb) 0,4 Prozentpunkte zur Veränderung der Jahresrate des HVPI bei.

Insgesamt lieferten also die volatilen Komponenten (Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) von An-

fang 1999 bis April 2001 einen Beitrag von $+1,6$ Prozentpunkten zur Beschleunigung der Inflation um 2,2 Prozentpunkte. 0,6 Prozentpunkte resultieren aus den anderen Kategorien.

Alle verbleibenden Komponenten des Verbraucherpreisindex (verarbeitete Nahrungsmittel, Industrieerzeugnisse ohne Energie, Dienstleistungen) wiesen im angegebenen Zeitraum einen Anstieg der Teuerungsrate auf. Die *Europäische Zentralbank* (2001A, S. 43) schreibt dazu: „Einige Ursachen dafür sind zwar bekannt, aber sie sind nur schwer mit ausreichender Genauigkeit zu quantifizieren. Erstens gibt es Hinweise darauf, dass Unternehmen bis zu einem gewissen Grad aus vergangenen Importpreissteigerungen resultierende höhere Kosten weitergegeben haben. Diese indirekten Effekte machen wohl den Großteil des Beitrages des HVPI ohne unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie aus. Außerdem dürfte das kräftige Wirtschaftswachstum im Euro-Währungsgebiet (insbesondere als es von Ende 1999 bis Mitte 2000 deutlich über seinem Potential lag) einen gewissen Aufwärtsdruck auf die Verbraucherpreise ausgeübt haben. In jüngster Zeit ist der Anstieg der Jahreswachstumsrate des HVPI (ohne unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie) zum Teil auch auf einmalige Schwankungen zurückzuführen, die mit einem Anstieg der administrierten Preise und der indirekten Steuern in einigen Ländern des Euro-Währungsgebietes verbunden sind, was sich in erster Linie auf die Preise für Dienstleistungen auswirkte.“ Weiters verweist die EZB auf die Teuerungstendenzen im Bereich einiger verarbeiteter Nahrungsmittel als Folge der Probleme im Agrarsektor.

Die jüngste Teuerungswelle im Euro-Währungsgebiet passt also gut in den Rahmen, der durch die Importpreissteigerungen (direkte und indirekte Effekte), die Verteuerung von Agrarrohstoffen sowie die Erhöhung von administrierten Preisen und indirekten Steuern abgesteckt wird. Diese Schlussfolgerung gilt auch für die Preisentwicklung in Österreich.

Die EZB erwartet in ihrem Bericht, dass der von den Preisen von Energie und unverarbeiteten Nahrungsmitteln ausgehende direkte Inflationsdruck nur vorübergehend sein wird. Dagegen dürften die aus vergangenen Importpreissteigerungen resultierenden indirekten Wirkungen noch einige Monate andauern, dann aber allmählich nachlassen.

Tatsächlich flachte der Anstieg der Energiepreise zuletzt ab; dies gilt jedoch noch nicht für die unverarbeiteten Nahrungsmittel. Die Inflationsraten der Industrieerzeugnisse dagegen stabilisieren sich nahe dem Wert von $1\frac{1}{2}\%$; auch hier dürfte aber der Aufwärtsdruck aus der Importpreissteigerung in den Jahren 1999 und 2000 abflauen (*Europäische Zentralbank*, 2001B, S. 21).

Übersicht 1: Teuerung nach dem HVPI im April 2001 im Vergleich zum Februar 1999

	Gewichte 2001	Veränderung	Beitrag zur Veränderung der Jahresrate des HVPI insgesamt
	In %	In %	In Prozentpunkten
HVPI insgesamt	100,0	+ 2,2	-
Energie	9,5	+12,3	+1,2
Unverarbeitete Nahrungsmittel	8,0	+ 5,4	+0,4
Verarbeitete Nahrungsmittel	12,3	+ 1,3	+0,1
Industrieerzeugnisse (außer Energie)	32,1	+ 0,6	+0,2
Dienstleistungen	38,1	+ 0,7	+0,3
HVPI ohne unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie	82,5	+ 0,7	+0,6

Q: Eurostat; EZB-Monatsbericht, Juni 2001.

Wettbewerbs eine stärkere Überwälzung des Rohölpreisanstiegs verhindert haben.

In der Euro-Zone erhöhte sich die Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr nur allmählich und erreichte erst im Dezember 2000 die Marke von +1,1%. Im Jahresdurchschnitt stieg die Teuerungsrate der Industrieerzeugnisse von 0,6% im Jahr 1999 auf 0,7% im Jahr 2000. Im II. und im III. Quartal 2001 lag die Vorjahresveränderung jedoch bereits bei +1,5%.

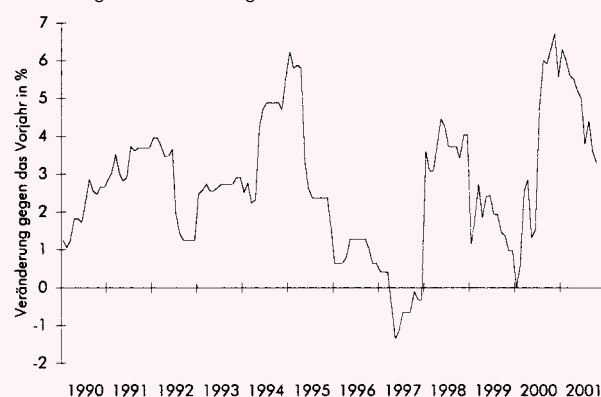
In diesem Bereich ergeben sich zwischen der Euro-Zone und Österreich erhebliche Unterschiede. Nach 1995 – dem Jahr, in dem Österreich der EU beitrug – gaben die Preise von Industriewaren in Österreich etwas nach (1996 und 1997) oder blieben nahezu unverändert. Wie frühere Untersuchungen des WIFO (z. B. Pollan, 1998) darlegten, kann diese Preisstabilität hauptsächlich Anpassungsprozessen zugeschrieben werden, die vom EU-Beitritt ausgelöst wurden. Erst im Jahr 2000 zeigte sich eine leichte Aufwärtsbewegung. Im IV. Quartal erreichte die Veränderungsrate der Industriewarenpreise gegenüber dem Vorjahr laut nationalem Verbraucherpreisindex +1,0%. Im Jahresdurchschnitt 2000 verteuerte sich diese Komponente des Verbraucherpreisindex um 0,8%. Im III. Quartal 2001 stieg die Teuerungsrate der Industriewaren auf 1,6% (Oktober 1,3%).

Richtet man sich hingegen nach der EZB-Definition der *Industrieerzeugnisse*, die für Österreich neben Industriewaren auch Baumaterial einschließt, und misst die Veränderungsrate der Preise von Industrieerzeugnissen gemäß dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex, so war die Teuerungsrate etwas niedriger; sie betrug im III. Quartal nur 1,1%.

BAUMATERIAL

Neben der großen Gruppe der Industriewaren könnte sich die Erhöhung der Rohstoffpreise in Österreich in einer weiteren, den Industriewaren sehr ähnlichen Komponente stark niederschlagen: Material zur Wohnungsinstandhaltung (kurz „Baumaterial“).

Abbildung 3: Entwicklung der Preise von Baumaterial laut VPI



Diese Position repräsentiert die Kosten des Baus von Eigenheimen und ist mit ihrem großen Gewicht von 3,62% im nationalen Verbraucherpreisindex Österreichs (VPI 2000) eine österreichische Besonderheit. Sie besteht zu zwei Dritteln aus Gütern, deren Erzeugung relativ energieintensiv ist (Ziegelstein, Zement, Hydratkalk u. Ä.). Es liegt daher nahe, den Anstieg der Teuerungsrate dieser Gruppe von 1,7% auf 3,7% ausschließlich der Rohstoffverteuerung zuzuschreiben. Die beträchtliche Fluktuation der Preise, gemessen an den Veränderungsdaten gegenüber dem Vorjahresmonat, lässt allerdings vermuten, dass die Preissetzung stark von Marketingüberlegungen bestimmt ist. Besonders auffällig sind der Preisrückgang im Jahr 1997, als die Energiepreise stiegen, und die darauffolgende rasche Verteuerung zu Beginn des Jahres 1998, als die Rohstoffpreise zu sinken begannen.

ANDERE KOMPONENTEN DES JÜNGSTEN PREISAUFTRIEBS

EURO-ZONE

Auch die Nahrungsmittel trugen im Jahr 2000 zur Beschleunigung des Preisauftriebs bei, allerdings in geringerem Maß. Im *Euro-Raum* verteuerten sich im 1. Halbjahr 2000 Obst und Gemüse sowie Fleisch recht kräftig: Die Preise von Obst und Gemüse zogen als Folge des ungünstigen Wetters, die Preise von Fleisch als Folge der zyklischen Erholung des Fleischmarktes merklich an. In der zweiten Jahreshälfte beschleunigte sich der Preisauftrieb weiter, hauptsächlich aufgrund der durch die BSE-Krise bedingten Verteuerung einiger Fleischsorten. Nahrungsmittel insgesamt (einschließlich alkoholischer Getränke und Tabakwaren) wurden im Jahr 2000 um 1,4% teurer, gegenüber +0,6% im Jahr 1999. Im III. Quartal 2001 betrug die Teuerungsrate bereits 5,3%.

ÖSTERREICH

Die Entwicklung in Österreich war jener in der Euro-Zone sehr ähnlich. Die Veränderungsrate der Preise von

Übersicht 2: Entwicklung der Verbraucherpreise laut Verbraucherpreisindex in Österreich

	Gewicht 2000	Ø 1999	Ø 2000	I. Quartal 2001	II. Quartal 2001	III. Quartal 2001	Oktober 2001
	In %			Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Nahrungsmittel	13,607	-0,6	+ 0,6	+2,5	+4,1	+3,7	+4,6
Obst, Gemüse und Kartoffeln	2,245	-1,5	+ 3,3	+3,8	+8,9	+6,0	+8,5
Fleisch und Fisch	3,413	-2,0	+ 1,7	+4,5	+6,8	+6,5	+5,9
Sonstige Nahrungsmittel	7,949	±0,0	- 0,2	+1,3	+1,6	+2,3	+3,0
Alkoholische Getränke ¹⁾	0,965			-1,5	+4,6	+4,1	+3,8
Tabakwaren	2,192	+2,2	+ 4,0	+5,5	+4,4	+4,4	+5,4
Wohnungsmieten	3,885	+2,1	+ 1,7	+2,6	+2,8	+3,7	+3,2
Ausgaben für Eigentumswohnungen	0,922			+9,5	+5,2	+5,6	+4,7
Dienstleistungen	36,296	+1,2	+ 2,7	+3,0	+3,2	+3,3	+4,2
Dienstleistungen zur Wohnungsinstandhaltung	1,246	+1,3	+ 1,3	+2,0	+1,6	+1,6	+1,6
Energie	7,392	+0,4	+10,7	+5,6	+5,2	-0,8	-5,3
Industriewaren	29,877	+0,0	+ 0,8	+1,3	+1,5	+1,6	+1,3
Kurzlebige Gebrauchsgüter	10,024	+0,1	+ 0,7	+1,8	+2,1	+2,1	+1,5
Langlebige Gebrauchsgüter	13,604	-0,5	+ 0,2	+0,5	+0,4	+0,4	+0,2
Verbrauchsgüter	6,248	+0,8	+ 2,1	+2,2	+3,2	+3,7	+3,4
Material zur Wohnungsinstandhaltung	3,617	+1,7	+ 3,7	+6,0	+5,2	+3,9	+3,3
Verbraucherpreisindex insgesamt	100,000	+0,6	+ 2,3	+2,8	+3,1	+2,6	+2,6
Ohne Saisonwaren	98,295	+0,6	+ 2,3	+2,7	+2,9	+2,6	+2,5

¹⁾ Vor 2001 in Nahrungsmitteln enthalten.

Fleisch und Fisch erhöhte sich von -2,0% im Jahr 1999 auf +1,7% im Jahr 2000. Eine vergleichbar starke Drehung lässt sich für Obst und Gemüse (einschließlich Kartoffeln) feststellen: von -1,5% auf +3,3%. Die Inflationsrate der Nahrungsmittel insgesamt laut nationalem VPI erreichte somit nach -0,6% im Jahr 1999 +0,6% im Jahr 2000.

Der Auftrieb der Nahrungsmittelpreise setzte sich im Jahr 2001 fort. Gemüse, Obst und Kartoffeln waren im II. Quartal um fast 9% teurer als im Vorjahr. Im III. Quartal betrug die Teuerungsrate 6%.

Auch in Österreich verstärkte sich der Anstieg der Fleischpreise im laufenden Jahr; er spiegelt wie in der EU zum Teil die anhaltenden Auswirkungen der Maßnahmen zur Verhinderung der Maul- und Klauenseuche in der EU wider; auch gesundheitliche Bedenken im Zusammenhang mit BSE, welche die Nachfrage zu anderen Fleischsorten lenken, dürften hier eine Rolle spielen. Die Preise von Fleisch und Fisch waren im II. Quartal um fast 7%, im III. Quartal um 6,5% höher als im selben Zeitraum des Vorjahres.

Die aktuellen Probleme in der europäischen Landwirtschaft dürften allerdings nicht nur die Fleischpreise angehoben haben, sondern auch bei einigen anderen Nahrungsmitteln, wie etwa Molkereiprodukten, preistreibend gewirkt haben. Auswirkungen sind über erhöhte Preise von Häuten, Fellen und Leder auch auf Lederwaren zu erwarten.

GERINGER PREISAUFTRIEB IM BEREICH DER DIENSTLEISTUNGEN

Im Euro-Raum lag die Teuerungsrate der Dienstleistungen (einschließlich Mieten) im Jahresdurchschnitt 2000 mit 1,7% nur geringfügig über dem Wert für das Jahr 1999 (1,5%). Zu dieser stabilen Entwicklung trug der

mäßige Anstieg der Lohnkosten bei. Die Preise von Telekommunikationsleistungen sanken als Folge der Deregulierung im Telekommunikationssektor; andererseits zogen die Preise von Verkehrs- und Urlaubsdienstleistungen im Zuge der Energieverteuerung merklich an.

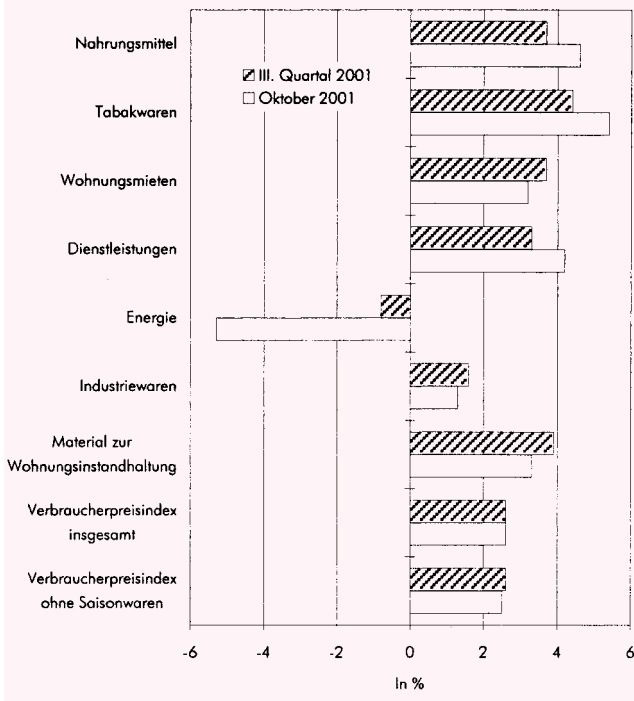
Für das Jahr 2001 zeichnet sich auch in diesem Bereich eine Verstärkung des Preisauftriebs ab. Im III. Quartal errechnet sich für das Euro-Währungsgebiet eine Teuerungsrate von 2,6%.

Die Entwicklung der Preise von Dienstleistungen divergiert innerhalb der Euro-Zone besonders stark. Dies geht zum Teil auf unterschiedliche Lohnzuwachsraten zurück, zum Teil auch darauf, dass die einzelnen Länder unterschiedlich große Fortschritte in der Liberalisierung der Telekommunikations- und Versorgungsmärkte machen. Schließlich trugen unterschiedliche Änderungen der administrierten Preise bzw. Erhöhungen der indirekten Steuern zu einer Vergrößerung der Inflationsunterschiede bei.

In Österreich beschleunigte sich die Teuerung der Dienstleistungen laut nationalem Verbraucherpreisindex von 1,2% im Jahr 1999 auf 2,7% im Jahr 2000 stärker als im Durchschnitt der Euro-Zone (allerdings war ein Jahr zuvor der Preisanstieg der Dienstleistungen mit 1,3% niedriger ausgefallen als in der Euro-Zone mit 1,9%). Ein großer Teil dieses Anstiegs, fast 1 Prozentpunkt, geht auf die Erhöhung von Tarifen und Steuern zurück (motorbezogene Versicherungssteuer, Glücksspiele usw.³⁾). Im III. Quartal 2001 beschleunigte sich der Preisauftrieb auf 3,3%.

³⁾ In diesen Bereich fallen in Österreich die größten Unterschiede zwischen Harmonisiertem und nationalem Verbraucherpreisindex: Im HVPI sind die motorbezogene Versicherungssteuer sowie Glücksspiele nicht enthalten.

Abbildung 4: Teuerungsraten in den wichtigsten Verbrauchersgruppen des VPI



INTERNATIONALER VERGLEICH

VERGLEICH MIT DEUTSCHLAND UND DER SCHWEIZ FÜR AUSGEWÄHLTE VERBRAUCHSGRUPPEN

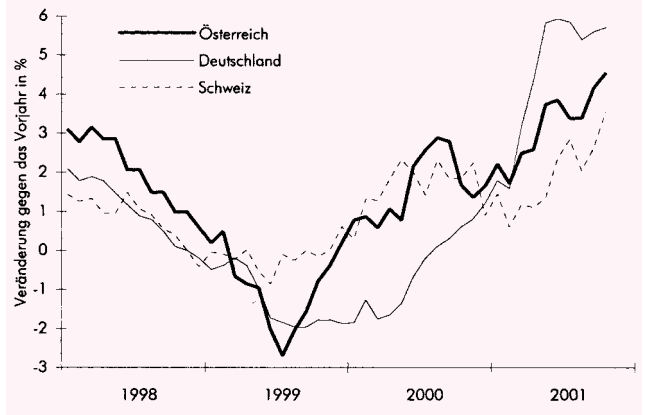
Im folgenden Vergleich der Preisentwicklung wird für Österreich und Deutschland auf den Harmonisierten Verbraucherpreisindex, für die Schweiz auf den Landesindex der Konsumentenpreise zurückgegriffen. Vergleiche für die Waren-Untergruppen finden sich auf der WIFO-Website <http://www.wifo.ac.at/euromonitoring>.

NAHRUNGSMITTEL UND ALKOHOLFREIE GETRÄNKE

Die erhebliche Verteuerung der Nahrungsmittel innerhalb der letzten zwei Jahre lenkte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Preisentwicklung dieser Warengruppe. Ein Vergleich zwischen Österreich, Deutschland und der Schweiz ergibt freilich nur grobe Anhaltspunkte für die Beantwortung der Frage, ob die bevorstehende Einführung des Euro zum Anlass für Preiserhöhungen genommen wurde. Unterschiede in der Entwicklung der Preise können sich schon allein aus der unterschiedlichen Zusammensetzung (und Gewichtung) der Warenkörbe ergeben.

Österreich und Deutschland unterliegen der gemeinsamen EU-Agrarpolitik; aus diesem Grund ist eine weitgehende Parallelität der Preisentwicklung zu erwarten. Die Schweiz hat dagegen als Nicht-EU-Land eine eigene Agrarmarkordnung mit stärkeren Stütz- und Schutzbe-

Abbildung 5: Die Entwicklung der Preise von Nahrungsmitteln (einschließlich alkoholfreier Getränke)



stimmungen, die gewisse Abweichungen von der Preisentwicklung in der EU erwarten lassen. Überdies gewann der Schweizer Franken gegenüber der gemeinsamen Währung in der Euro-Zone an Wert, was für die importierten Nahrungsmittel (weniger für die arbeitsintensiven Bewirtschaftungsleistungen) den Preisdruck mildert.

Ein Vergleich der Preisentwicklung dieser Gruppe zeigt für die letzten Monate in den drei Ländern ähnlich hohe Inflationsraten. Laut den Harmonisierten Verbraucherpreisindizes für Österreich und Deutschland und dem Verbraucherpreisindex der Schweiz (Landesindex der Konsumentenpreise) verteuerten sich Nahrungsmittel (einschließlich alkoholfreier Getränke) in Österreich im III. Quartal mit +3,6% (Oktober 2001 +4,5%) etwas schwächer als in Deutschland (+5,6% bzw. +5,7%), aber etwas stärker als in der Schweiz (+2,5% bzw. +3,5%).

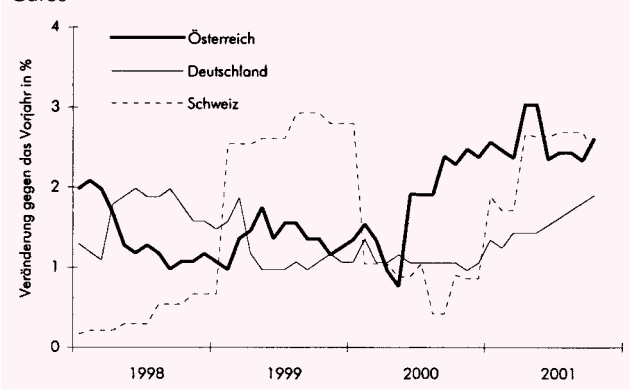
DIE ENTWICKLUNG DER PREISE IN RESTAURANTS UND CAFÉS

Auch die Preisentwicklung von Speisen und Getränken, die in Restaurants und Cafés angeboten werden, findet kritische Beachtung. Diese „Bewirtschaftungsleistungen“ sind bedeutend arbeitsintensiver als Produktion und Vertrieb von Nahrungsmitteln; ihre Preise folgen daher in der Regel der Entwicklung der Arbeitskosten. Die Teuerungsraten von Speisen und Getränken lag in Österreich mit 2,4% im III. Quartal 2001 und 2,6% im Oktober 2001 nahe jener in der Schweiz mit 2,7% im III. Quartal und 2,5% im Oktober. Die entsprechenden Inflationsraten sind für Deutschland mit 1,7% und 1,9% etwas niedriger, wengleich sich auch hier eine leichte Beschleunigung abzeichnet.

INDUSTRIERERZEUGNISSE

Der kräftige Anstieg der Rohstoffpreise sowie der Wertverlust des Euro gegenüber dem Dollar schlagen sich mit einiger Verzögerung in einer Verteuerung von Indus-

Abbildung 6: Die Entwicklung der Preise in Restaurants und Cafés



trierzeugnissen (ohne Energie) nieder. Laut dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex erhöhte sich die Teuerungsrate der Industrierzeugnisse im Euro-Raum von 1,3% im I. Quartal auf 1,6% im III. Quartal 2001.

Industrierzeugnisse gemäß dem HVPI umfassen für Österreich nun neben der Gruppe „Industriewaren“ auch die in den vorhergehenden Abschnitten getrennt behandelte Gruppe „Material zur Wohnungsinstandhaltung“, die eine erheblich höhere Teuerungsrate als die Industriewaren aufweist. Unterschiede zur Inflationsrate der Industriewaren ergeben sich auch daraus, dass die einzelnen Positionen im VPI und im HVPI unterschiedlich gewichtet sind.

Die Teuerungsrate der Industrierzeugnisse liegt mit 0,7% im I. Quartal und 1,1% im III. Quartal in Österreich erheblich unter den entsprechenden Werten für den Euro-Raum, aber etwas über jenen für Deutschland (I. Quartal 0,5%, III. Quartal 0,8%).

Ein Vergleich der Preisentwicklung der *Industriewaren* nach Untergruppen zwischen Österreich, der Schweiz und Deutschland macht merkliche Unterschiede deutlich. Die Preise einiger Warengruppen (Haushaltsgeräte, Spiel- und Hobbywaren, persönliche Gebrauchsgüter wie Handtasche, Schirm, Koffer) weisen einen stärkeren Anstieg (oder geringeren Rückgang) auf als in Deutschland bzw. in der Schweiz. Eine geringere Teuerung oder stärkere Verbilligung ergibt sich hingegen für Autoersatzteile und Zubehör sowie Sportgeräte. Die Preisentwicklung weiterer Gruppen (z. B. Toiletteartikel) wiederum ist recht ähnlich (siehe dazu <http://www.wifo.ac.at/euromonitoring>).

Mit Österreichs Eintritt in die Europäische Union trat ein Bruch in der Entwicklung der Preise von Industriewaren ein: Viele Preise wurden an das in der Regel niedrigere Preisniveau in Deutschland angepasst. In einigen Warengruppen könnte dieser Anpassungsprozess noch andauern, in anderen könnte eine übermäßig starke Verbilligung von einer Gegenbewegung abgelöst worden sein. Im Vergleich zur Schweiz ist überdies zu beachten, dass der Schweizer Franken zuletzt stark auf-

Übersicht 3: HVPI: Ausgewählte Indexpositionen der Gruppe Restaurants und Cafés

Oktober 2001

	Veränderung in % gegenüber	
	September 2001	Oktober 2000
Spezialitätenrestaurant	+0,2	+3,4
Fast Food	±0,0	±0,0
Getränk am Imbissstand	+0,2	+3,1
Tagesmenü im Gasthaus	+0,5	+2,3
Frankfurter	-1,0	+2,8
Gulaschsuppe oder Bohnensuppe	+0,1	+0,5
Wiener Schnitzel	+0,2	+1,7
Kinderschnitzel	+0,1	+3,1
Colagetränk	+0,2	+2,4
Apfelsaft	+1,0	+3,3
Wein, gängige Sorte, 1/8 l	+0,5	+2,6
Bier	+0,2	+2,2
Kleiner Brauner	+0,3	+3,2
Kaffee (Melange, Verlängerter)	+0,9	+4,4
Mehlspeise	+0,3	+2,2
Schokoladetorte	+0,5	+2,1

wertete, was die importpreisbedingte Teuerung abschwächte.

Solche Unterschiede in der Preisentwicklung sind jedoch nicht erst in den letzten Monaten, sondern bereits seit mehr als einem Jahr zu erkennen; dies legt es nahe, die Ursachen nicht in der Umstellung auf die neue Währung, sondern in anderen Faktoren zu suchen.

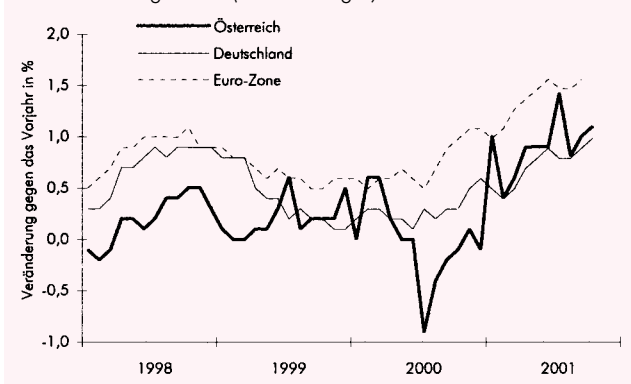
AUSWIRKUNGEN DER WÄHRUNGS-UNION AUF DIE INFLATION IN ÖSTERREICH

Die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion ist ein entscheidender Integrationschritt der Europäischen Union. Die damit verbundene Einführung des Euro wird die Wettbewerbseffekte verstärken, die von der Schaffung des Binnenmarktes ausgehen. Die größten Vorteile der WWU liegen in der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes und im Wegfall von Wechselkursunruhen. Erst mit einer gemeinsamen Währung kann der europäische Binnenmarkt ähnlich effizient wie in den USA funktionieren.

Die Währungsunruhen in den neunziger Jahren haben deutlich vor Augen geführt, dass die Instrumente des Europäischen Währungssystems (EWS) nicht genügen, um die Wechselkurse zu stabilisieren. Es ist jedoch ein Grunderfordernis für die volle Realisierung der Binnenmarkteffekte, dass Wechselkursschwankungen nicht mehr die Rentabilität der Produktion und der Investitionen sprunghaft und unvorhersehbar verändern und Investoren und Exporteure verunsichern. Mit der Einführung der einheitlichen Währung wird somit ein beträchtlicher Unsicherheitsfaktor für die Unternehmen, Konsumenten und private Anleger beseitigt.

Eine einheitliche Währung schaltet nicht nur das Wechselkursrisiko aus, sondern schließt insbesondere auch Währungsspekulationen innerhalb der WWU aus. Diese

Abbildung 7: Die Entwicklung der Preise von Industrieerzeugnissen (ohne Energie)



Spekulationen lösten in der Vergangenheit extreme Kursschwankungen aus und brachten einzelne Volkswirtschaften in große Schwierigkeiten, indem Abwertungen die Inflation anheizten oder Aufwertungen die Wettbewerbsfähigkeit schmälerten.

KOSTEN UND NUTZEN DER EINHEITLICHEN WÄHRUNG

Die Einführung der einheitlichen Währung ist eine beachtliche Investition in die Erhaltung und Verbesserung der Wettbewerbsposition Europas in der Welt. Als solche verursacht sie auch große Kosten, die in der Anfangsphase anfallen werden. Banken und Handel sind jene Bereiche, die mit der stärksten Kostenbelastung rechnen müssen.

Das Projekt der Wirtschafts- und Währungsunion wird seiner Natur nach erst über viele Jahre hinweg die vollen Vorteile entfalten; selbst kurzfristig aber fallen nicht nur Kosten an, sondern in manchen Bereichen auch erhebliche Kostenentlastungen. Dies betrifft den Wegfall der Devisenmanagementkosten (Transaktionskosten), also die für alle Akteure in Auslandstransaktionen sofort spürbaren direkten Vorteile einer einheitlichen Währung. Die Kosten des Währungsumtausches und der Wechselkursicherung entfallen. Eine Studie für die Europäische Kommission schätzt die Devisenmanagementkosten auf knapp 1% des Bruttoinlandsproduktes der EU. Auch wenn man berücksichtigt, dass nicht alle EU-Mitgliedstaaten unmittelbar an der Währungsunion teilnehmen sowie dass weiterhin Devisengeschäfte zwischen Euro und Dollar anfallen werden, ergibt sich ein erhebliches Einsparungspotential an Devisenverwaltungskosten: Der Wohlfahrtsgewinn der Errichtung der Währungsunion könnte jährlich rund 0,8% des Bruttoinlandsproduktes der Gemeinschaft betragen.

Die Auswirkungen der Be- und Entlastungen der verschiedenen Wirtschaftssektoren durch die Verwirklichung der Währungsunion auf die Konsumentenpreise wurden mit dem Input-Output-Modell des WIFO berechnet. Dabei wurde eine vollständige Weitergabe der Kostenbe-

Die Überwälzung der Kosten der Währungsumstellung im Handel

Auch eine einfache Rechnung auf der Ebene der Konsumentenpreise, die den denkbaren ungünstigsten Fall darstellt, weist auf eine geringe Preisbelastung der Konsumenten hin. Diese Rechnung unterstellt, dass der Einzelhandel Kosten im Ausmaß von 1% des Umsatzes trägt, jedoch keine Entlastung durch Ermäßigung der Vorleistungspreise und der Finanzierungskosten erfährt. Diese Kostensteigerung wird vollständig an die Verbraucher weitergegeben. Über den Handel im engeren Sinn, auf den sich die Schätzungen beziehen, werden knapp 45% der Waren im Verbraucherpreisindex vertrieben. Diese Positionen umfassen Nahrungsmittel, Tabakwaren und Industriewaren (einschließlich Baumaterial), nicht jedoch Mieten, Dienstleistungen und Energie. Eine vollständige Überwälzung der Kosten im Ausmaß von 1% des Umsatzes bewirkt somit eine Erhöhung der Verbraucherpreise um knapp 0,5%, die sich über mehrere Jahre verteilen dürfte.

lastung bzw. der Entlastung an die nachgelagerten Wirtschaftssektoren unterstellt.

Demnach dürfte die Einführung des Euro insgesamt leicht preisdämpfend wirken; in den ersten Jahren der Periode 1998 bis 2002 könnten allerdings die preissteigernden Effekte überwiegen. Viel wird davon abhängen, wie rasch die Kostenersparnis infolge des Wegfalls der Devisenmanagementkosten vom Sachgüterbereich an den Handel und an die Verbraucher weitergeleitet wird. Angesichts der Marktmacht der Handelsketten gegenüber den Erzeugern dürfte für den Sachgüterbereich kein großer Spielraum in der Preissetzung vorliegen. Was die Beziehung zwischen dem Einzelhandel und den Konsumenten betrifft, so zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre seit dem EU-Beitritt Österreichs, dass die Verbraucherpreise allmählich an das niedrigere deutsche Preisniveau angepasst wurden. Diese Tendenz dürfte auch in Zukunft anhalten.

WACHSENDE WIRTSCHAFTSVERFLECHTUNG ERHÖHT WETTBEWERBSDRUCK

Die Einführung der einheitlichen Währung bringt darüber hinaus eine wesentliche Neuerung, die durch die Aufrechnung von Kosten und Entlastungen nicht erfasst wird: eine weitreichende Transparenz der Preise innerhalb des Euro-Raumes. Eigenständige Währungen sind ein wirksamer Mechanismus zur Abschirmung der nationalen Märkte gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Der Wegfall von währungsbedingten Handelsbarrieren wird sowohl auf den Beschaffungsmärkten als auch auf den Absatzmärkten den Wettbewerbsdruck erhöhen. Kleine und mittelständische Unternehmen, die bisher angesichts

der hohen Transaktionskosten nicht im Ausland tätig waren, können nun auf die europäischen Märkte vorstoßen. Aber auch Unternehmen mit internationalen Aktivitäten dürften ihren Aktionsradius ausdehnen.

Der Euro wird die nationalen Märkte einander annähern. Die höhere Preistransparenz dürfte, worauf Unternehmensberater mit Nachdruck hinweisen, das Wettbewerbsumfeld und somit in einigen Geschäftsfeldern die Geschäftsstrategie nachhaltig verändern. Es wird wesentlich schwieriger werden, nationale Preisdifferenzierungen aufrecht zu erhalten, und Unternehmen, die auf europaweit harmonisierte Preisgestaltungssysteme setzen, dürften an Boden gewinnen. Dem Handel, vor allem dem Versandhandel, wird es wesentlich erleichtert, Preisdifferenzen zwischen nationalen Märkten auszunützen. Aber auch für die Konsumenten werden die Preise über die Landesgrenzen hinweg leichter vergleichbar und überschaubar; sie könnten nun eine aktivere Rolle als bisher spielen. Die Verstärkung der Arbitrage auf allen Ebenen wird letztlich auch auf der Ebene der Konsumentenpreise den Wettbewerbsdruck erhöhen.

DIE PROBLEMATIK DER PSYCHOLOGISCHEN PREISE

Im Zusammenhang mit der Euro-Umstellung wird der Problematik der psychologischen (glatten bzw. gebrochenen) Preise eine erhebliche Bedeutung zukommen. „Glatte Preise“ enden auf 0 und 5, je nach Höhe der Preise; „gebrochene Preise“ (Schwellenpreise) enden auf 8 oder 9. Die Umstellung der Währung von Schilling auf Euro zu Beginn des Jahres 2002 erfordert, dass die Handelsunternehmen die bisherigen Preise in nationaler Währung in Euro umrechnen. Viele bisher glatte bzw. gebrochene Preise ergeben bei exakter Umrechnung mit dem Euro-Kurs Werte, die aus preispsychologischer Sicht nicht mehr attraktiv wären. Häufig wird daher befürchtet, dass die Handelsunternehmen die Währungsumstellung zum Anlass für eine Verteuerung nehmen könnten und die Preise eher auf- als abrunden würden, um wieder zu glatten bzw. gebrochenen Preisen zu gelangen. Hier empfiehlt es sich, zwischen der Periode der Währungsumstellung und der Periode der Preisauszeichnung in der neuen Währung zu unterscheiden. Darüber hinaus kann eine Überschlagsrechnung klären, welche Warengruppen vor allem von der Problematik der gebrochenen Preise betroffen sind.

Gebrochene Preise prägen zwar das Bild von Werbeeinschaltungen und Versandkatalogen, kennzeichnen aber bei weitem nicht alle Waren. Neben Nahrungsmitteln sind es vor allem hochpreisige Markenwaren und Bekleidungsartikel, die mit gebrochenen Preisen angeschrieben werden. Ihr Anteil im Warenkorb des Verbraucherpreisindex erreicht höchstens 40%. Eine große Zahl von Waren und Dienstleistungen ist also nicht mit der Problematik der psychologischen Preise behaftet.

Auswirkungen der Euro-Umstellung auf das Preisniveau in Deutschland

Das Statistische Bundesamt Deutschland beobachtet gemeinsam mit der Deutschen Bundesbank etwa 18.000 Preisreihen ausgewählter Produkte des täglichen Bedarfs, die üblicherweise zu „attraktiven Preisen“ (glatten oder gebrochenen Preisen) angeboten werden. Gemäß den ersten Ergebnissen wurde bis einschließlich September 2001 in nur etwa 11% der Preisänderungen von „attraktiven“ DM-Preisen auf „attraktive“ Euro-Preise umgestellt. Der geschätzte Einfluss dieser Preisänderungen auf die Teuerungsrate der untersuchten Güter liegt für den Zeitraum von 12 Monaten zwischen 0,2 und 0,4 Prozentpunkten.

Das Statistische Bundesamt weist darauf hin, dass die statistische Auswertung der Preisdaten allein keine Hinweise liefere, ob Preisänderungen ausschließlich wegen der Euro-Umstellung erfolgten oder aus anderen Gründen ohnehin stattgefunden hätten, aber anlässlich der Einführung des Euro-Bargeldes vorgenommen werden.

Aber selbst für Lebensmittel und Drogeriewaren – Gruppen, in denen gebrochene Preise dominieren – besteht wenig Anlass, große Preisveränderungen zu erwarten. Bei Anwendung von durchaus plausiblen Rundungsregeln könnten sich bei der Umrechnung in Euro nur geringe Preisveränderungen ergeben. Diese Vermutung wird durch eine rezente Studie für Deutschland bestätigt (<http://www.destatis.de>; siehe Kasten „Auswirkungen der Euro-Umstellung auf das Preisniveau in Deutschland“).

ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSEFOLGERUNGEN

Eine umfassende Beurteilung des Einflusses der Euro-Einführung auf das Preisniveau ist erst Monate nach der Umstellung von Schilling-Preisen auf Euro-Preise möglich. Preiseffekte des Übergangs von Schilling auf den Euro könnten etwa im Laufe des Jahres 2001 durch entgegengerichtete Effekte im Folgejahr zum Teil oder ganz wettgemacht werden. Aufgrund der Daten bis Herbst 2001 sind jedoch schon jetzt folgende Aussagen zulässig:

Die Beschleunigung der Inflation in der Euro-Zone sowie in Österreich seit Ende 1999 ist hauptsächlich auf außenwirtschaftliche Faktoren zurückzuführen. Die starke Verteuerung der Rohstoffe (Rohöl) sowie der Wertverlust des Euro (und des Schillings) gegenüber dem Dollar schlagen sich über die Einfuhrpreise in der Inflationsrate auf der Konsumentenstufe nieder – zuerst direkt in einem erheblichen Anstieg der Energiepreise und mit einiger Verzögerung über die erhöhte Kostenbelastung der heimischen Verarbeiter von Rohstoffen in höheren Preisen von Waren und Dienstleistungen (Industriegüter und Transportleistungen wie Bus- und Flugreisen).

Auch die Verteuerung der Nahrungsmittel, die in der gesamten EU zu verzeichnen ist, trug erheblich zum Anstieg der Inflationsrate bei. Obst und Gemüse verteuerten sich als Folge schlechter Ernten, Fleisch im Gefolge einiger Probleme in der europäischen Landwirtschaft (BSE-Krise, Maul- und Klauenseuche); davon dürfte auch das Angebot an Molkereiprodukten betroffen sein.

Der laufende Preisauftrieb hält sich somit durchaus in jenem Rahmen, der durch die Verteuerung der Rohstoffe, die Schwäche des Euro, die Angebotsbeschränkungen auf dem Agrarmarkt sowie den Anstieg der Lohnkosten abgesteckt wird.

Befürchtungen, dass die Währungsumstellung zum Anlass für Preiserhöhungen genommen werden könnte, betreffen insbesondere jene Waren und Dienstleistungen, für welche die Anbieter üblicherweise runde bzw. gebrochene Preise setzen. Sensible Bereiche sind in dieser Hinsicht vor allem Nahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs. Diese Problematik gilt allerdings für erheblich weniger als die Hälfte der im Warenkorb des Verbraucherpreisindex erfassten Positionen (gewichtet mit den Ausgabenanteilen).

Eine Analyse der Preisentwicklung von Nahrungsmitteln sowie von Industriewaren ergibt keine eindeutigen Hin-

weise darauf, dass die bevorstehende Einführung des Euro eine Welle der Preiserhöhungen ausgelöst hätte.

Dieser Befund wird durch detaillierte Vergleiche der Preisentwicklung von Nahrungsmitteln, Speisen und Getränken in Restaurants und Cafés sowie von Industriewaren in Österreich, Deutschland und der Schweiz bestätigt. Freilich sind in den einzelnen Warengruppen zwischen den drei Ländern Abweichungen zu verzeichnen. Im Allgemeinen gleichen einander die Abweichungen nach oben oder unten jedoch aus, und die Preisentwicklung in Österreich entspricht durchaus jener in den Vergleichsländern. In jenen Bereichen, in denen Unterschiede in der Preisentwicklung zu beobachten sind, treten diese bereits seit mehr als einem Jahr auf; dies legt es nahe, die Unterschiede nicht der Umstellung auf die neue Währung, sondern anderen Faktoren zuzuschreiben.

LITERATURHINWEISE

Europäische Zentralbank, Jahresbericht 2000.

Europäische Zentralbank (2001A), EZB-Monatsbericht, Juni 2001, deutsche Fassung, S. 42-43, <http://www.ecb.int/pub/period.htm#mb>.

Europäische Zentralbank (2001B), EZB-Monatsbericht, August 2001, <http://www.ecb.int/pub/period.htm#mb>.

Pollan, W., Preiseffekte von Integration und Währungsunion, WIFO, 1998.

Statistik Austria, „VPI/HVPI-Revision 2000 – Fertigstellung und Gewichtung“, Statistische Nachrichten, 2001, (5), S. 329-349.

Prices and the Launch of the Euro – Summary

Preparations for introducing the euro as a cash currency were taken in a period of relatively high inflation rates, and people were worried that the new currency would be used to raise prices. A preliminary assessment of the extent to which the euro launch affects price levels, however, found no indications that the change from schilling to euro had triggered a wave of price increases.

The fact that inflation accelerated in the euro zone in general and Austria in particular since late 1999 is due mainly to external factors. The hefty increase of prices for raw materials (crude oil) and the loss of value experienced by the euro (and thus the schilling) vis-à-vis the dollar both impact on the inflation rate at the consumer level via import prices, at first directly by a substantial rise in energy prices and then, after some delay, through higher costs incurred by domestic processors of raw materials by higher prices for goods and services (manufactured goods and transport services such as coach trips and flights).

Higher food prices, as found in all the EU countries, also contributed their share to the rising inflation rate. Fruits and vegetables grew more expensive as a result of bad harvests, the price of meat went up in consequence of current agricultural problems (BSE crisis, F&M); and even the range of dairy products appears to have been affected.

The current rise in inflation thus stays within the frame expected from the rise in raw material prices, the weak euro, the limited supply on agricultural markets and the increase in wage costs.

The fear that the new currency could lead to higher prices concerns mostly goods and services which are typically priced at (psychological) threshold levels. The most sensitive sectors to be affected are food and daily consumer goods. Yet these constitute much less than half the items included in the consumer price index basket (weighed by expenditure shares).

An analysis of prices for food, for meals and beverages in restaurants and cafés and for industrial goods found no extreme price increases on average, even though individual items may well have become more expensive.

This finding is confirmed by detailed comparisons of price developments in Austria, Germany and Switzerland. Obviously there are some deviations between the three countries in some product groups. Yet in general, the deviations cancel each other out, and the price development in Austria is quite similar to that in Germany and Switzerland. For areas where differences were pinpointed, they have been observed for more than a year; this suggests that the differences are due to other factors than the change in currency.

WORKING PAPERS

- Nr. 166 • 2001 **Market Concentration and International Outsourcing**
Hartmut Egger, Peter Egger
- Nr. 167 • 2001 **Market Power, Multinationality and Intra-EU Industry Exports in the 1990s**
Peter Egger
- Nr. 168 • 2001 **The Effectiveness of Central Bank Intervention in the EMS. The Post 1993 Experience**
Peter Brandner, Harald Grech, Helmut Stix
- Nr. 169 • 2001 **Innovation and Employment in Europe in the 1990s**
Gudrun Biffl, Mark Knell
- Nr. 170 • 2001 **A Tale of Competition between Eastern and Southern Europe (Rerum Concordia Discors)**
Peter Egger, Kurt Kratena
- Nr. 171 • 2001 **SUR Estimation of Error Components Models With AR(1) Disturbances and Unobserved Endogenous Effects**
Peter Egger, Kurt Kratena

Kostenloser Download: http://www.wifo.ac.at/publ/verzeichnisse/working_p_all.html

www.ueberreuter.com

versand ■
logistik ■
offsetdruck ■
abo-service ■
digitaldruck ■
druckberatung ■
personalisieren ■
fulfillment-service ■
dto ■
satz/repro ■
grafik-beratung ■
intranet/internet ■
datenkonzertierung ■
digitale fotografie ■
datenbank-management ■
cross-media-publishing ■



ueberreuter
Print und Digimedi@